

Liberté d'expression sauvée

Les "Alimaniens" peuvent souffler. "Den Dissident", journal publié par quelques élèves du Lycée Aline Mayrisch, continuera à paraître normalement. Le style très critique et satirique des jeunes rédacteurs n'avait pas vraiment plu à la direction du lycée ainsi qu'à quelques membres du corps enseignant (voir woxx no 831). Pour la peine, ils étaient sommés de rédiger chacun un exposé de quatre pages qu'ils devaient présenter à tour de rôle devant deux conseils de classe. Finalement, après diverses tractations, ils sont passés ensemble devant les conseils de classe et ont expliqué aux professeur-e-s les rudiments de la liberté d'expression. Ayant probablement plié devant la pression externe et interne, les censeurs en sont restés là. "Den Dissident" continuera à exister.

Dagobert und die Fortbildung bei Omega 90

Damit Luxemburg bei den Nachbarn nicht nur mit guten Finanzkenntnissen glänzt "wie bei Dagobert Duck mit Dollars in den Augen", sondern auch durch humanitäre Werte, soll das Angebot der Fortbildungskurse im Bereich der Palliativbetreuung optimiert werden. Das jedenfalls sagte die Familienministerin Marie-Josée Jacobs bei einer Veranstaltung anlässlich des 15-jährigen Bestehens von Omega 90. Nach einer Diplomüberreichung an Fortbildungsabsolventen von Omega 90 wurden die Ergebnisse einer Evaluationsstudie des Ausbildungsmodells von Omega 90 zur "Weiterbildung in palliativer Betreuung von Personen am Lebensende" in Kooperation mit der Uni Luxemburg vorgestellt. Diese Weiterbildungskurse, die anhand einer Befragung der Teilnehmer sowie einer Bedarfsanalyse der Arbeitgeber im Bereich der Gesundheitsversorgung untersucht wurden, erhielten in punkto Qualität insgesamt eine gute Note. Im Vergleich mit der gängigen Ausbildungspraxis in anderen europäischen Ländern, stach die Weiterbildung von Omega 90 durch relativ günstige Kursgebühren hervor. Dabei decken die angebotenen Kurse von Omega 90 diverse Felder der palliativen Versorgung ab von der Symptombehandlung wie Schmerzen über eine psychische Betreuung bis hin zu ethischen Fragen.

Kein Fortschritt in punkto Unionsbürgerschaft

"Die Abstimmung im Plenum war eine der peinlichsten seit langem", so die grüne Europa-Abgeordnete Elisabeth Schroedter zur Debatte über den Catania-Bericht. Guisto Catania von der Vereinigten Linken hatte versucht der Unionsbürgerschaft zu neuem Leben zu verhelfen. Diese Bürgerschaft, die vertraglich bereits seit zwölf Jahren existiert und den EU-BürgerInnen ein Recht auf Freizügigkeit und Aufenthalt garantiert sowie das aktive und passive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen in anderen Mitgliedstaaten zugesteht, leidet an der mangelnden Umsetzung. In dem von Catania vorgelegten Bericht wurden von der parlamentarischen Kommission drei Schwerpunkte gesetzt: So sollten die politischen Teiligungsrechte der Unionsbürger auf der kommunalen und europäischen Ebene gestärkt werden. Die Hürden bei Aufenthalts- und Freizügigkeitsrechten sollten beseitigt werden. Die Unionsbürgerrechte sollten auch auf Drittstaatenangehörige übertragen werden können, die fünf oder mehr Jahre in der EU leben und arbeiten. Diese Schwerpunkte wurden im Parlament kontrovers diskutiert. Nachdem Konservative und Nationalisten Punkte wie die Rechte von Drittstaatenangehörigen und Staatenlosen, sowie Teile der Unionsbürgerrechte wieder verworfen hatten, fand der Bericht von Catania schließlich nicht mehr die erforderliche Mehrheit. Dies auch deshalb, weil diese aufgeweichte Fassung den Abgeordneten nicht weit genug ging. Enttäuscht zeigte sich Guisto Catania: "Si l'Europe n'investit pas dans l'intégration interculturelle et dans les droits civiles et sociaux, elle est destinée à la défaite."

Martina Holbach, Campaignerin bei Greenpeace, kann mit dem Lob des Parlamentspräsidenten für ihren Einsatz wenig anfangen: Das Parlament wird sich dem Druck aus Brüssel trotz aller Bedenken beugen und in Luxemburg die Patentierung von Erbgut fast uneingeschränkt zulassen.

(Foto: woxx)



PATENTE AUF LEBEWESEN

"Die Zivilgesellschaft wird nicht beachtet"

woxx: Die Aktion der NGO's kommt wohl zu spät, um die Entscheidung der Parlamentarier zu beeinflussen. Hat die Zivilgesellschaft den Anschluss verpasst?

Martina Holbach: Wir waren ziemlich überrascht, als es Ende November hieß, die Wirtschaftskommission der Chamber würde bald über die neue Gesetzesvorlage zur Biopatentierung beraten. Zudem wollte sie dies tun, ohne die betroffenen Organisationen, anders als beim ersten Versuch 2001, zu Rate zu ziehen. In weniger als zwei Monaten wurden vollendete Tatsachen geschaffen. Uns blieb also nichts weiter übrig, als über diese Form des Protests noch einmal auf die große Verantwortung des Parlaments aufmerksam zu machen. Es ist nicht die erste Petition an die Chamber in dieser Frage. Schon einmal, im Jahr 2001, haben wir eine solche Aktion durchgezogen. Die Abgeordnetenkammer hat damals gegen die Umsetzung der Direktive gestimmt - und zwar einstimmig. Wir gingen bis vor Kurzem davon aus, dass unsere Bedenken tatsächlich ernst genommen werden. Das stellt sich jetzt als großer Irrtum heraus. Das Verfahren macht einmal mehr deutlich, wie in verschiedenen Fragen die Demokratie auf der Strecke bleibt und die Zivilgesellschaft einfach nicht beachtet wird. Einfach so hinnehmen wollten wir das nicht, weshalb wir uns vornahmen, trotz der Kürze der Zeit, eine möglichst breite Trägerschaft für die Petition zu gewinnen - was uns ja auch gelungen ist.

Dem Chamber-Präsidenten ist die breite Trägerschaft der Petition aufgefallen. Es kommt nicht alle Tage vor, dass traditionelle Landwirtschaftsverbände sich mit Umwelt- und Dritte-Welt-Organisationen zusammentun. Ist es in diesem Sinne nicht schade, dass so spät gehandelt wurde?

Das stimmt. Es hätte früher mobilisiert werden müssen. Aber worauf hätten wir uns berufen sollen? Die jetzt vorliegende Gesetzesvorlage wurde erst

sehr spät bekannt. Wir hätten also lediglich einen generellen Forderungskatalog publik machen können. Auf solch einer Grundlage ist eine breite Mobilisierung sehr schwer, weil viele sich erst aktivieren lassen, wenn es fünf vor zwölf ist. Natürlich haben wir die Frage gestellt, ob es überhaupt noch Sinn macht über den Weg einer Petition zu gehen. Doch ein Verzicht darauf hätte auch bedeutet, eine Chance verstreichen zu lassen, Landwirtschafts-, Umwelt- und Dritte-Welt-Organisationen ihre Meinung sagen zu lassen.

Von Seiten der Organisationen kommt der Vorwurf, der Spielraum, den die Direktive geboten habe, sei nicht genutzt worden. Alex Bodry, der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, behauptet das Gegenteil. Wäre der Text denn verbesserungsfähig?

Der Freiraum, der besteht, wurde bei weitem nicht ausgeschöpft. Alex Bodry spricht vor allem von dem Zusatz bezüglich der Patentierung von menschlichem Erbgut. Wir aber finden den Text in diesem Punkt sehr widersprüchlich. Die französische Vorlage ist hier sehr viel präziser. Es hätte der Luxemburger Chamber gut zu Gesicht gestanden, hier dem französischen Beispiel zu folgen. Die EU-Kommission hätte sich einer solchen Vorlage sicherlich nicht widersetzt. Im Oktober letzten Jahres hat die EU-Kommission in einem Bericht eindeutig fest-

gehalten: Es gibt innerhalb der EU keine Harmonisierung im Bereich menschlicher Genome. Sie hat auch erklärt, dass eine Direktive, die bereits vor 17 Jahren ausgearbeitet wurde, aktuellen Fragen in diesem Bericht nicht mehr gerecht wird. Gerade deshalb will die EU-Kommission nicht gegen einzelne Mitgliedsstaaten vorgehen. Aber auch was die Patentierung von Pflanzen und Tiere anbelangt, hätten wir uns eine strengere Gangart erwünscht.

Die Parlamentarier sehen sich mit dem Rücken an der Wand. Wie begrenzt ist der Spielraum wirklich?

Die Parlamente in Frankreich und Deutschland haben einfach mehr politische Courage gezeigt: Sie haben jenen Bedenken in Sachen menschlichem Erbgut Rechnung getragen, welche in Forschung und Medizin entstehen können. Eine ähnliche Argumentationslinie lässt sich auch für Pflanzen und Tiere verfolgen: Die Landwirtschaft sieht sich durch die Patentierung weit reichenden Problemen ausgesetzt, und deshalb müssen die Patentrechte stark eingeschränkt werden. Es wäre dann an der EU-Kommission, sich zu einer solch engen Auslegung der Direktive zu äußern, bevor sich Luxemburg irgendwelchen Sanktionen ausgesetzt sieht. Die EU-Kommission weiß inzwischen genau, dass sich hier Probleme auftun, die beim Verfassen der Direktive nicht bekannt waren. Auch das Europa-

parlament hat eine Resolution verfasst, die sich ähnlich einschränkend äußert.

Welches wären denn die Konsequenzen für Luxemburg, wenn sich jetzt Zeit genommen würde, um das Gesetz doch noch einmal gründlich zu prüfen und zu diskutieren?

Die einfachste Lösung wäre gewesen, die Direktive mit einer möglichst restriktiven Auslegung umzusetzen, dann wäre der Vorwurf der Nichtumsetzung vom Tisch. Anschließend hätte die EU-Kommission erklären müssen, ob sie dieses Vorgehen akzeptiert. Das wäre eine weitere Etappe in einem Prozess, in dem sich die EU-Kommission genau überlegt, ob sie Luxemburg vor den Europäischen Gerichtshof zitiert - dafür ist das Ganze dann doch ein zu heißes Eisen.

Die politische Stoßrichtung der Direktive wurde bereits 1998 festgehalten. Ist ein solches gesetzgeberisches Verfahren überhaupt nachvollziehbar?

Die Biopatentdirektive ist ein gutes Beispiel dafür, wie eine politische Entscheidung getroffen wird, zu einem Zeitpunkt, wo die weitere Entwicklung noch gar nicht absehbar ist. Die heutigen Möglichkeiten, das Erbgut von Pflanze, Tier und Mensch zu entschlüsseln und diese Gensequenzen dann als Patent anzumelden, bestehen erst seit sehr kurzer Zeit. Die Direktive ist schlichtweg nicht mehr zeitgemäß. Es stünde dem Luxemburger Parlament gerade zu diesem Zeitpunkt gut zu Gesicht, darauf hinzuweisen.

Weshalb ist es dann auf EU-Ebene nicht zu einer Neuverhandlung gekommen? Bei den großen Nachbarn Deutschland und Frankreich bestand ja eine gewisse Bereitschaft einen solchen Weg zu gehen.

Unsere deutschen Kollegen, die die Diskussion in ihrem Lande sehr genau verfolgen konnten, haben immer wieder auf den großen Druck, den einzelne Länder und vor allem die Industrie ausgeübt haben, hingewiesen. Die Kommission ihrerseits will dieses Dossier, bei dem ohnehin große Rechtsunsicherheit besteht, weil das europäische Patentrecht nicht harmonisiert ist, nicht wieder auf-tun. Sie hat Angst, dass dann alles in Frage gestellt wäre.

Wenn die Entscheidungen auf EU-Ebene fallen, muss dann nicht auch die Lobbyarbeit dort ansetzen?

Das passiert ja schon und galt auch für die Biopatentdirektive. Greenpeace hat 1998, vor allem zusammen mit Patientenvertretungsorganisationen vor Ort, gegen die Direktive gekämpft. Allerdings haben wir damals den Kürzeren gezogen. Unter anderem deshalb, weil die Pharmaindustrie schweres Geschütz aufgefahen hat und mit äußerst unfairen Argumenten operiert hat. Als Konsequenz sind die Europaparlamentarier umgefallen wie die Fliegen. Es blieb dann nur der Rückzug auf die nationale Ebene, um dort die Diskussion bei der Umsetzung zu beeinflussen und vor allem auf eine Neuverhandlung zu drängen.

Das Gespräch führte Richard Graf

Zur Person

Martina Holbach ist bei Greenpeace unter anderem für die Kampagne gegen die Kommerzialisierung genetisch veränderter Organismen verantwortlich. Parallel dazu begleitet sie die Umsetzung einer EU-Direktive aus dem Jahr 1998, welche die Patentierung von Erbgut reglementiert und jetzt in luxemburgisches Recht umgesetzt werden soll. Zusammen mit traditionellen und biologisch orientierten Bauernverbänden und Dritte-Welt-Organisationen setzt sich Greenpeace mit einer Petition gegen das Patentierungsgesetz zur Wehr, weil damit private Unternehmen die uneingeschränkte Kontrolle über wichtige Bereiche der Gesellschaft wie Medizin, Landwirtschaft und Ernährung erlangen.